



HESSISCHER LANDTAG

07. 10. 2026

Große Anfrage

**Marcus Resch (AfD), Pascal Schleich (AfD), Sandra Weegels (AfD),
Dimitri Schulz (AfD), Bernd Vohl (AfD), Roman Bausch (AfD) und
Jochen K. Roos (AfD)**

Umweltgefahren durch Erdkabelbau (Südlink) – Risiken für Gewässer, Grundwasser und geschützte Lebensräume in Hessen

Die Thüringer Landesregierung hat in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage „Havarien im Zusammenhang mit dem Bau der SuedLink-Trasse in Thüringen“ der Abgeordneten Hoffmann (Drucksache 8/2141, Antwort in Drucksache 8/3436) mitgeteilt, dass es bei der Unterquerung von Fließgewässern im SuedLink-Planfeststellungsabschnitt D1 zu unkontrollierten Austritten von Bohrspüllösung gekommen ist. Die Vorfälle erforderten unter anderem die Einstellung der Bohrarbeiten, das Abpumpen ausgetretenen Materials und die temporäre Umverlegung eines Bachlaufs. Auch bei SuedLink-Bauarbeiten in Hessen kam es zu Bohrspülungsverlusten, unter anderem bei der Querung Q 114 in der Gemeinde Meißner sowie am Klausberg in Bad Sooden-Allendorf, wo nach Angaben des Vorhabenträgers bei Bohrungen unterhalb einer früheren Mülldeponie Spülflüssigkeit in das Erdreich austrat. Über vergleichbare Austritte bei SuedLink-Bauarbeiten in Baden-Württemberg wurde ebenfalls berichtet.

Bohrspülungen bestehen überwiegend aus Wasser und Bentonit, können jedoch Zusatz- und Stopfmittel enthalten. Eine geringe chemische Toxizität schließt physikalische Auswirkungen durch Trübung, Ablagerungen oder das Zusetzen von Poren und Fließwegen sowie eine mögliche Mobilisierung bereits vorhandener Schadstoffe nicht aus. Auch der BUND Hessen kritisiert den Rhein-Main-Link wegen der erwarteten Eingriffe in Natur und Umwelt, etwa im Bereich des Naturschutzgebiets Prügelwiesen bei Wiesbaden-Breckenheim, sowie mit Blick auf Dimensionierung und Kosten. Der Verband verweist darauf, dass zunächst nur ein Teil der vorgesehenen Leitungsinfrastruktur genutzt werden solle, und stellt die erwartete Auslastung infrage. Für den gesamten geplanten Stromnetzausbau geht der BUND von einer möglichen Erhöhung der Strompreise für Haushalte um bis zu 20 Cent je Kilowattstunde aus. Es stellen sich daher Fragen nach Planung, Variantenprüfung, Stoffzusammensetzung, Überwachung, behördlicher Kontrolle, Umweltuntersuchungen, besonderen Standort- und Untergrundrisiken sowie Auslastung und Kostenfolgen bei SuedLink und weiteren Erdkabelvorhaben in Hessen.

Wir fragen die Landesregierung:

I. Vorhaben und geschlossene Querungen

1. Welche Höchstspannungsleitungsvorhaben mit unterirdischer Verlegung oder Erdkabelabschnitten sind in Hessen vorgesehen, beantragt, zugelassen, im Bau oder seit dem Jahr 2020 fertiggestellt worden?
Bitte nach Projekt, Vorhabenträger, betroffenen Landkreisen und Gemeinden, Trassenlänge in Hessen sowie Planungs-, Genehmigungs- und Baustand auflisten.
2. Welche Gewässerunterquerungen und sonstigen geschlossenen Querungen sind bei den in Frage 1 genannten Vorhaben in Hessen vorgesehen, beantragt, zugelassen oder bereits durchgeführt worden?
Bitte nach Projekt, Gemeinde, Trassenabschnitt beziehungsweise Querung, gequertem Gewässer oder sonstigem Querungsobjekt, gegebenenfalls betroffenem Schutzgut, Bauverfahren, Länge und Tiefenlage der Querung sowie Verfahrensstand auflisten.
Sofern keine zentrale Übersicht vorliegt, bitte angeben, bei welchen hessischen Stellen entsprechende Informationen vorliegen.

3. Nach welchen technischen, geologischen, hydrogeologischen, bodenschutzrechtlichen, wasserwirtschaftlichen und naturschutzfachlichen Kriterien werden bei den in Frage 1 genannten Vorhaben Trassenführung, Tiefenlage und Bauverfahren, insbesondere Horizontalspülbohrung, Unterpressung oder offene Bauweise, ausgewählt?

Bitte auch die hierfür herangezogenen Datengrundlagen, Gutachten und Stellungnahmen sowie die beteiligten hessischen Behörden darstellen.

II. Besondere Standort- und Untergrundrisiken entlang der Trassen

4. Welche systematische Prüfung ist in den jeweiligen Planungs-, Genehmigungs- und Ausführungsstadien vorgesehen oder erfolgt, um entlang der in Frage 1 genannten Vorhaben besondere Standort- und Untergrundrisiken frühzeitig zu erkennen?

Bitte insbesondere die Nutzung der Hessischen Altflächendatei, von Deponieakten, Baugrund- und Altlastengutachten, geologischen und hydrogeologischen Karten, Bergbauunterlagen sowie Grundwasser-, Schutzgebiets- und Hochwasserdaten darstellen.

5. An welchen den hessischen Behörden aus Planungs-, Genehmigungs- oder Ausführungsunterlagen bekannten Abschnitten der in Frage 1 genannten Vorhaben liegen geschlossene Querungen oder sonstige Bauabschnitte im Bereich oder im möglichen Einflussbereich von Deponien, Altablagerungen, altlastenverdächtigen Flächen, ehemaligen Bergbau- oder Abgrabungsbereichen, verfüllten Gruben, bekannten Grundwasserbelastungen, stark geklüftetem, verkarstetem oder anderweitig instabilem Untergrund, Rutschungs-, Senkungs- oder Erdfallgebieten, Wasser- oder Heilquellenschutzgebieten sowie Überschwemmungsgebieten?

Bitte nach Projekt, Gemeinde, Trassenabschnitt beziehungsweise Querung, Art der Standortbesonderheit, räumlicher Beziehung zum Bauwerk, Erkenntnisquelle und Verfahrensstand auflisten.

Sofern keine zentrale Übersicht vorliegt, bitte angeben, bei welchen Stellen die Informationen dezentral vorliegen.

6. Welche standortbezogenen Risikobewertungen wurden oder werden für die in Frage 5 genannten Abschnitte durchgeführt?

Bitte insbesondere die bewerteten Szenarien eines Bohrspülungsverlustes, einer Mobilisierung oder Verlagerung vorhandener Schadstoffe, einer Beeinflussung von Grundwasser oder Deponiesickerwasser, einer Veränderung unterirdischer Fließwege oder hydraulischer Verbindungen zwischen unterschiedlichen grundwasserführenden Schichten, einer hierdurch möglichen Verlagerung stärker mineralisierter oder salzhaltiger Wässer sowie möglicher Auswirkungen auf Boden, Oberflächenwasser, Grundwasser, landwirtschaftliche Nutzflächen und Wälder sowie geschützte Gebiete und die dabei festgestellten Unsicherheiten darstellen.

7. Welche räumlichen oder technischen Alternativen und welche besonderen Schutz- und Überwachungsmaßnahmen wurden aufgrund der in den Fragen 5 und 6 genannten Standort- und Untergrundrisiken geprüft beziehungsweise festgelegt, und in welchen Fällen wurden deshalb Trassenführung, Eintritts- oder Austrittspunkte, Tiefenlage, Bauverfahren oder Ausführungsplanung geändert?

Bitte die jeweils maßgeblichen Abwägungskriterien und Gründe für die Auswahl der ausgeführten beziehungsweise vorgesehenen Variante darlegen.

8. An welchen Abschnitten der in Frage 1 genannten Vorhaben liegen nach den geologischen und hydrogeologischen Erkenntnissen, die den hessischen Behörden vorliegen, salz- oder sulfathaltige Gesteinsfolgen, insbesondere des Zechsteins, stärker mineralisierte oder salzhaltige Grund- beziehungsweise Tiefenwässer, ausgeprägte Kluft- oder Störungssysteme, verkarstete oder lösungsanfällige Gesteine oder vergleichbare geologische beziehungsweise hydrogeologische Besonderheiten vor? Bitte nach Projekt, Gemeinde, Trassenabschnitt beziehungsweise Querung, geologischer beziehungsweise hydrogeologischer Besonderheit, Erkenntnisquelle und Verfahrensstand auflisten.

9. Wie wurden oder werden bei den in der vorstehenden Frage genannten Abschnitten mögliche Auswirkungen der Bauarbeiten auf Grundwasserströmungen und die hydraulische Verbindung unterschiedlicher grundwasserführender Schichten bewertet, insbesondere hinsichtlich einer möglichen Verlagerung stärker mineralisierter oder salzhaltiger Wässer in bislang geringer mineralisierte Grundwasserbereiche?

Bitte die zugrunde gelegten Untersuchungen, Modelle oder fachlichen Bewertungen sowie daraus abgeleitete Änderungen der Trassenführung, Tiefenlage, Bauweise, Überwachung oder Schutzmaßnahmen darstellen.

10. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung zu den geologischen und hydrogeologischen Verhältnissen im Bereich des Naturschutzgebiets Prügelwiesen, der Pfingstbornquelle und der angrenzenden Flächen bei Wiesbaden-Breckenheim vor, die durch Planungen und Sondierungsbohrungen für den Rhein-Main-Link betroffen sind?
Bitte insbesondere die vorhandenen wasserführenden Schichten, Grundwasserströmungen und Quellhorizonte sowie mögliche Auswirkungen der Sondierungsbohrungen und einer späteren Errichtung der Erdkabeltrasse auf Grundwasser, Quellen, das Kalkflachmoor und davon abhängige geschützte Arten und Lebensräume darstellen.
11. Welche alternativen Trassenführungen wurden oder werden im Bereich des Naturschutzgebiets Prügelwiesen und der Pfingstbornquelle geprüft, insbesondere eine westlich von Breckenheim beziehungsweise westlich der A 3 verlaufende Trassenführung?
Bitte die Varianten, die jeweiligen umweltfachlichen und hydrogeologischen Bewertungen sowie die Gründe für ihre Auswahl beziehungsweise Verwerfung darstellen.
12. Welche Genehmigungen, naturschutz- und wasserrechtlichen Prüfungen sowie Auflagen liegen den Sondierungsbohrungen im Umfeld des Naturschutzgebiets Prügelwiesen zugrunde, und welche hessischen Behörden waren hieran beteiligt?
Bitte auch darstellen, wie die vom BUND Hessen gegenüber der Unteren Naturschutzbehörde Wiesbaden und dem Regierungspräsidium Darmstadt vorgebrachten naturschutzfachlichen Bedenken fachlich bewertet wurden, welche Erkenntnisse der Landesregierung zu dem inzwischen eingereichten Eilantrag auf einen Stopp der Bohrungen vorliegen und ob dieser Auswirkungen auf die Zulässigkeit, Fortführung oder behördliche Überwachung der Bohrungen hat.

III. Planung und Risikobewertung am Klausberg

13. Wie ist die frühere Mülldeponie am Klausberg in Bad Sooden-Allendorf bodenschutz- und abfallrechtlich erfasst beziehungsweise eingestuft, und seit wann ergibt sich aus den der Landesregierung oder hessischen Behörden vorliegenden Unterlagen, dass den jeweils am Planungs-, Genehmigungs- und Bauverfahren beteiligten hessischen Behörden, Bundesbehörden, Vorhabenträgern und Auftragnehmern bekannt war, dass die geplante Bohrung im räumlichen oder hydrogeologischen Einflussbereich der früheren Mülldeponie verlaufen sollte?
Bitte nach Stelle beziehungsweise Akteur, zugrunde liegender Unterlage und dem jeweils frühesten dokumentierten Kenntniszeitpunkt aufschlüsseln.
14. Welche Erkenntnisse lagen vor Beginn der Bohrarbeiten über Lage, räumliche Ausdehnung, Tiefe, Aufbau und Inhalt des Deponiekörpers, bekannte oder vermutete Schadstoffe, Deponiesickerwasser, Grundwasserstände und -fließrichtungen, geologische Schichten, Klüfte und Störungen sowie die natürliche beziehungsweise geogen bedingte Grundwasserbeschaffenheit einschließlich etwaiger stärker mineralisierter oder salzhaltiger Wässer, vorhandene Messstellen sowie frühere Untersuchungs- und Überwachungsergebnisse vor?
Bitte die jeweiligen Erkenntnisquellen und deren Aktualität angeben.
15. Welchen horizontalen und vertikalen Abstand weisen nach den vorliegenden Planungs-, Ausführungs- und Bestandsunterlagen der geplante und der tatsächlich hergestellte Bohrkanaal, die Eintritts- und Austrittspunkte sowie die festgestellten Verlustbereiche zum Deponiekörper, zu bekannten oder vermuteten Schadstoffbereichen auf, und wie sind sie im Verhältnis zu Grundwasserständen, Grundwasserfließrichtungen und bekannten oder gutachterlich angenommenen Sickerwasserwegen sowie geologisch oder tektonisch bedingten möglichen hydraulischen Wegsamkeiten einzuordnen?
Bitte die räumliche und hydrogeologische Beziehung nachvollziehbar darstellen.
16. Welche standortspezifische Risikobewertung wurde vor Beginn der Bohrarbeiten am Klausberg hinsichtlich möglicher Bohrspülungsverluste, einer Mobilisierung oder Verlagerung vorhandener Schadstoffe, einer Beeinflussung von Deponiesickerwasser sowie der Entstehung oder Veränderung unterirdischer Fließwege und möglicher hydraulischer Verbindungen zwischen unterschiedlichen grundwasserführenden Bereichen durchgeführt?
Bitte die zugrunde liegenden Gutachten, Bohrdaten, Modelle und Annahmen sowie die Bewertung der Eintrittswahrscheinlichkeiten, die möglichen Schadensfolgen und die festgestellten Unsicherheiten angeben.

17. Welche räumlichen und technischen Alternativen zur ausgeführten Bohrung am Klausberg wurden geprüft, insbesondere eine veränderte Trassenführung, andere Eintritts- und Austrittspunkte, eine andere Tiefenlage, ein anderes Bau- oder Bohrverfahren sowie eine vollständige Umgehung des möglichen Einflussbereichs der früheren Mülldeponie?
Bitte die Varianten, die Kriterien ihrer Bewertung und die technischen, umweltfachlichen, rechtlichen, zeitlichen oder wirtschaftlichen Gründe für ihre Auswahl beziehungsweise Verwerfung darstellen.
18. Welche besonderen Schutz-, Überwachungs-, Warn-, Eingriffs- und Abbruchmaßnahmen wurden wegen der Nähe zur früheren Mülldeponie und der geologischen Verhältnisse am Klausberg gegenüber einer Horizontalspülbohrung ohne entsprechende Standortbesonderheiten zusätzlich vorgesehen?
Bitte auch angeben, welche Ausgangs- und Vergleichsdaten vor Beginn der Bohrarbeiten erhoben wurden.
19. Welche erneute fachliche und behördliche Bewertung der ursprünglichen Risikobewertung, der Variantenwahl und des Havariekonzepts erfolgte nach dem Bohrspülungsverlust am Klausberg?
Bitte die Grundlage für die Wiederaufnahme beziehungsweise Fortsetzung der Arbeiten, vorgenommene Änderungen an Bohrtechnik, Trassen- oder Bohrverlauf, Überwachung und Schutzmaßnahmen sowie verbleibende Unsicherheiten darstellen.

IV. Bohrspülungen und technische Überwachung

20. Welche Bohrspülungen, Bohrhilfsstoffe, Zusatz- und Stopfmittel sowie sonstigen Bauhilfsstoffe werden oder wurden bei den in Frage 1 genannten Vorhaben in Hessen eingesetzt beziehungsweise vorgesehen, insbesondere bei den einzelnen Bohrspülungsverlusten an der Querung Q 114 und am Klausberg?
Bitte nach Projekt, Querung, Zeitpunkt, Produkt, Hersteller, Inhaltsstoffen und Konzentrationen sowie Einstufungen und Kennzeichnungen gemäß Sicherheitsdatenblatt aufschlüsseln.
21. Wie und auf welcher fachlichen, rechtlichen und tatsächlichen Grundlage wurden die in Frage 20 genannten Stoffe hinsichtlich ihrer Eignung für die jeweiligen Einsatzzwecke sowie ihrer Wasser- und Umweltgefährdung bewertet?
Bitte vorgelegte Sicherheitsdatenblätter, Prüfzeugnisse, Zulassungen oder Eignungsnachweise, behördliche Prüfungen, Qualitätskontrollen und etwaige Änderungen der eingesetzten Rezepturen darstellen.
22. Welche technischen Betriebs- und Überwachungsparameter waren bei der Querung Q 114, am Klausberg und bei weiteren geschlossenen Querungen innerhalb der in den Fragen 5 und 8 genannten Abschnitte vorgesehen und wurden tatsächlich erfasst?
Bitte insbesondere geplante und tatsächliche Spülungsdrücke und Spülungsraten, eingebrachte und zurückgeführte Spülmengen, Mengenzu- und -abflüsse, zulässige Abweichungen, Warn-, Eingriffs- und Abbruchwerte, Messintervalle, Datenaufzeichnung und Aufbewahrungsdauer angeben sowie darlegen, welche dieser Daten den zuständigen hessischen Stellen vorlagen beziehungsweise von ihnen angefordert wurden.

V. Bohrspülungsverluste und sonstige Austritte in Hessen

23. Zu welchen Verlusten, Ausbläsern oder sonstigen Austritten von Bohrspülung, Bohrwasser, Bentonit oder sonstigen Bauhilfsstoffen kam es seit dem Jahr 2020 im Zusammenhang mit dem Bau der in Frage 1 genannten Vorhaben in Hessen?
Bitte jeden einzelnen Vorfall nach Projekt, Querung, Ort, Datum beziehungsweise Zeitraum, eingesetzten Stoffen, Verlust- oder Austrittsmenge, Lage des Verlust- oder Austrittsbereichs, betroffenem oder potentiell betroffenem Umweltmedium, Ursache, vermutetem Verbleib beziehungsweise Ausbreitungsweg, Dauer der Arbeitsunterbrechung und ergriffenen Sofortmaßnahmen auflisten.
24. Wie stellten sich Ablauf, Umfang und Ursachen der einzelnen Bohrspülungsverluste bei der Querung Q 114 (Schweinsbach) in der Gemeinde Meißner dar?
Bitte insbesondere Beginn und Dauer, betroffene Bohrphase, Verlustmengen, Lage und mögliche Ausbreitungswege im Untergrund, Austritte an die Geländeoberfläche, betroffene oder potentiell betroffene Umweltmedien, technische Anpassungen und den weiteren Verlauf der Arbeiten darstellen.

25. Wie stellten sich Ablauf, Umfang und Ursachen des bekannt gewordenen Bohrspülungsverlustes sowie etwaiger weiterer Verluste am Klausberg in Bad Sooden-Allendorf dar?
Bitte insbesondere Beginn und Dauer, betroffene Bohrphase, Verlustmengen, Lage der Verlustbereiche in Bezug auf Bohrkanal und frühere Mülldeponie, mögliche Ausbreitungswege im Untergrund, betroffene oder potentiell betroffene Umweltmedien, technische Anpassungen und den weiteren Verlauf der Arbeiten darstellen.
26. Welche geologischen und hydrogeologischen Verhältnisse lagen im Bereich der Querung Q 114 und der Bohrung am Klausberg jeweils vor?
Bitte insbesondere die durchhörten beziehungsweise betroffenen geologischen Schichten, Kluft- und Störungssysteme, bekannte Hohlräume oder Karststrukturen, Grundwasserstände und -fließrichtungen sowie das Auftreten salzhaltiger oder stärker mineralisierter Wässer darstellen und angeben, welche Bedeutung diesen Verhältnissen für Entstehung, Ausbreitung und mögliche Folgen der jeweiligen Bohrspülungsverluste beigemessen wurde.

VI. Havariekonzepte, behördliche Prüfung und Behördenhandeln

27. Welche Notfallpläne und Handlungsanweisungen (Havariekonzepte) liegen für die hessischen Abschnitte der in Frage 1 genannten Vorhaben vor oder sind nach den jeweiligen Planungs- und Genehmigungsunterlagen vorgesehen, insbesondere für Bohrspülungsverluste, Ausbläser oder sonstige Austritte von Bohrspülung, Bohrwasser, Bentonit und weiteren Bauhilfsstoffen?
Bitte projektbezogen Zuständigkeiten, Meldeketten, Warn-, Eingriffs- und Abbruchkriterien, Sofortmaßnahmen, Schutzvorkehrungen für Boden, Oberflächenwasser und Grundwasser, Voraussetzungen für die Fortsetzung der Arbeiten sowie Nachkontrollen darstellen.
28. Welche behördliche Prüfung der Bohrplanung für die Querung Q 114 und die Bohrung am Klausberg einschließlich der vorgesehenen Bohrspülungen und Bohrdrücke, der Untergrund- und Standortrisiken sowie der Überwachungs-, Eingriffs- und Abbruchkriterien erfolgte vor Beginn der jeweiligen Bohrarbeiten im Hinblick auf technische, wasserrechtliche, bodenschutzrechtliche und gegebenenfalls abfallrechtliche Anforderungen?
Bitte die erforderlichen und tatsächlich vorgelegten Unterlagen, den Zeitpunkt und die zuständige Stelle der Prüfung, das Prüfergebnis sowie verlangte Änderungen oder zusätzliche Schutzmaßnahmen angeben.
29. Wie haben die zuständigen Behörden die einzelnen in Frage 23 genannten Vorfälle bearbeitet?
Bitte jeweils angeben, wann welche Stellen von wem und mit welchen Angaben informiert wurden, welche Mess- und Überwachungsdaten ihnen vorlagen, ob Warnwerte erreicht oder Voraussetzungen für ein Eingreifen beziehungsweise einen Abbruch erfüllt waren und welche Kontrollen, Anordnungen, Arbeitsunterbrechungen, Freigaben, Nachkontrollen oder Änderungen der Ausführungsplanung beziehungsweise des Havariekonzepts daraufhin erfolgten.
30. Welche Zuständigkeiten, Aufgaben und Mitwirkungsrechte hatten beziehungsweise haben die Bundesnetzagentur, die Regierungspräsidien, die unteren Wasser-, Bodenschutz-, Abfall- und Naturschutzbehörden, das Hessische Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie sowie weitere hessische Stellen bei Planung, Genehmigung, Bauüberwachung und Bearbeitung der in Frage 23 genannten Vorfälle?
Bitte auch für die in Frage 23 genannten Vorfälle darstellen, welche Unterlagen, Stellungnahmen, Messdaten und Entscheidungen zwischen Vorhabenträger, Bundesnetzagentur und hessischen Stellen ausgetauscht wurden und bei welchen Stellen nicht zentral verfügbare Informationen vorliegen.

VII. Umweltfolgen und Untersuchungen

31. Welche chemischen, physikalischen, hydrogeologischen oder ökologischen Beeinträchtigungen wurden infolge der in Frage 23 genannten Vorfälle festgestellt, insbesondere hinsichtlich Veränderungen der Bodenstruktur und der Porenräume, Trübungen und Ablagerungen sowie möglicher Auswirkungen auf Oberflächenwasser, Grundwasser, Sedimente, landwirtschaftliche Nutzflächen und Wälder, biologische Qualitätskomponenten und geschützte Arten oder Lebensräume?
Sofern keine Beeinträchtigungen festgestellt wurden, bitte angeben, auf Grundlage welcher Untersuchungs- und Messdaten diese Bewertung für den jeweiligen Vorfall erfolgte.

32. Welche Untersuchungen der eingesetzten beziehungsweise ausgetretenen Bohrspülungen sowie des Grundwassers, des Oberflächenwassers, der Sedimente, des Bodens und biologischer Qualitätskomponenten wurden nach den einzelnen in Frage 23 genannten Vorfällen durchgeführt?

Bitte Untersuchungszeitpunkte, Probenahmestellen, Parameter und, soweit einschlägig, Bestimmungsgrenzen sowie vorhandene Ausgangs- oder Vergleichswerte, Ergebnisse, untersuchende Stellen, Untersuchungszeiträume und die Kriterien für Wiederholungsuntersuchungen und deren Beendigung angeben.

Bitte bei Grundwasseruntersuchungen auch angeben, ob Parameter zur Erkennung einer möglichen Veränderung der Mineralisation beziehungsweise eines Einflusses salzhaltiger Wässer, insbesondere elektrische Leitfähigkeit, Chlorid, Natrium und Sulfat, untersucht wurden.

33. Welche standortspezifischen Untersuchungen wurden oder werden nach dem Bohrspülungsverlust am Klausberg durchgeführt, um eine Mobilisierung oder Verlagerung bereits vorhandener Schadstoffe, eine Beeinflussung von Deponiesickerwasser, eine Veränderung von Grundwasserströmungen oder die Entstehung neuer Ausbreitungswege sowie eine mögliche Veränderung hydraulischer Verbindungen oder der Grundwasserbeschaffenheit festzustellen beziehungsweise zu bewerten?

Bitte die untersuchten standortrelevanten Schadstoffe und Sickerwasserparameter sowie die hydrochemischen Parameter, Messstellen, Ausgangs- und Vergleichswerte, Ergebnisse, geplante Untersuchungsdauer und vorgesehene Langzeitkontrollen angeben.

VIII. Havariekosten und Transparenz

34. Welche Kosten sind durch die in Frage 23 genannten Vorfälle nach Kenntnis der Landesregierung tatsächlich entstanden?

Bitte nach Vorfall, Kostenart, Höhe und Kostenträger aufschlüsseln sowie angeben, welche Aufwendungen den öffentlichen Stellen entstanden sind und ob Erstattungs-, Kostenersatz- oder Schadensersatzansprüche geltend gemacht wurden.

35. In welchem Umfang werden die eingesetzten Stoffe und Rezepturen, Bohr- und Überwachungsdaten, Verlustmengen und Ausbreitungswege, Havarieberichte, behördlichen Anordnungen sowie Ergebnisse ereignisbezogener Umweltuntersuchungen vollständig dokumentiert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht?

Bitte angeben, welche Unterlagen für die in Frage 23 genannten Vorfälle veröffentlicht wurden, welche nicht veröffentlicht wurden und auf welcher rechtlichen oder tatsächlichen Grundlage eine Veröffentlichung unterblieb.

IX. Auslastung, Netzentgelte und Strompreise

36. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung zur vorgesehenen technischen Belegung und zur erwarteten tatsächlichen Auslastung des Rhein-Main-Links sowie der weiteren in Frage 1 genannten Vorhaben vor?

Bitte insbesondere darstellen, welche Übertragungskapazität für die einzelnen Vorhaben vorgesehen ist, in welchem Umfang die errichtete Infrastruktur bei Inbetriebnahme mit Stromkabeln belegt werden soll, welche durchschnittliche beziehungsweise erwartete Auslastung zugrunde gelegt wird und auf welchen Annahmen zur zukünftigen Stromerzeugung, zur Entwicklung des Strombedarfs und zu den erforderlichen Stromtransportkapazitäten diese Prognosen beruhen. Bitte dabei auch zu der vom BUND Hessen unter Berufung auf Angaben des Vorhabenträgers vorgetragenen Aussage Stellung nehmen, wonach beim Rhein-Main-Link zunächst nur ein Teil der vorgesehenen Leitungsinfrastruktur genutzt und die verfügbare Übertragungskapazität langfristig nur teilweise ausgeschöpft werde.

37. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung zu den Auswirkungen der Investitionskosten des Rhein-Main-Links und der weiteren in Frage 1 genannten Vorhaben sowie des darüber hinaus geplanten Ausbaus der Übertragungsnetze auf Netzentgelte und Strompreise für private Haushalte, Gewerbe und Industrie in Hessen vor?

Bitte die zugrunde liegenden Kostenannahmen, Berechnungen oder Szenarien sowie die jeweils erwarteten Auswirkungen auf Netzentgelte und Strompreise darstellen und zu der vom BUND Hessen für den gesamten geplanten Stromnetzausbau genannten möglichen Erhöhung der Haushaltsstrompreise um bis zu 20 Cent je Kilowattstunde Stellung nehmen.

X. Gesamtbewertung und Konsequenzen

38. Hält die Landesregierung vor dem Hintergrund der Vorfälle in Hessen, Thüringen und Baden-Württemberg die bestehenden Vorgaben und die Verwaltungspraxis zu Standort- und Risikoprüfung, Variantenvergleich, Stoffdokumentation, technischer Überwachung, Havarievorsorge, behördlicher Kontrolle, Umweltuntersuchungen und Veröffentlichung bei Höchstspannungsleitungsvorhaben mit unterirdischer Verlegung oder Erdkabelabschnitten in Hessen für ausreichend? Bitte begründen und darlegen, welche rechtlichen, fachlichen oder organisatorischen Änderungen sie auf Bundes- oder Landesebene für erforderlich hält beziehungsweise bereits veranlasst hat.

Wiesbaden, 6. Oktober 2026

Marcus Resch
Pascal Schleich
Sandra Weegels
Dimitri Schulz
Jochen K. Roos
Bernd Erich Vohl
Roman Bausch